

tacheles

Informationsmagazin der
Landesapothekerkammer Brandenburg

Ausgabe
1/2025

2

**DEUTSCHLAND
HAT DIE WAHL**

4

**KERNPOSITIONEN
DER APOTHEKER-
SCHAFT**

7

**PATIENTEN-
KONTAKTE SIND
WÄHLER-
POTENZIAL**



HERAUSGEBER: DIESES MAGAZIN LIEGT IN DER VERANTWORTUNG DER LANDESAPOTHEKERKAMMER BRANDENBURG UND BIETET DEN KAMMERANGEHÖRIGEN SOWIE INTERESSIERTEN LESER*INNEN HINTERGRUNDINFORMATIONEN UND MEINUNGEN ZUM BERUFSSTAND DER APOTHEKER*INNEN.

DEUTSCHLAND HAT DIE WAHL



Am 23.02.2025 wählen die Bundesbürger ein neues Parlament. Nach den Umfragen wären Große Koalition, Schwarz-Grün, Kenia-Koalition oder eine Brombeer-Koalition möglich. Ob eine Minderheitsregierung oder eine Koalition mit eigener Mehrheit an die Macht kommen wird, ist unklar.

Klar ist dagegen, dass der demografische Wandel das Gesundheitssystem und auch die neue Regierung vor weitere Herausforderungen stellen wird. Um dem zu erwartenden Anstieg an medizinischem Behandlungsbedarf einer alternden Gesellschaft

zu begegnen, sollten zukünftig unter anderem Fachkräftemangel und andauernde Lieferengpässe, welche die therapiegerechte Versorgung erschweren, bekämpft werden.

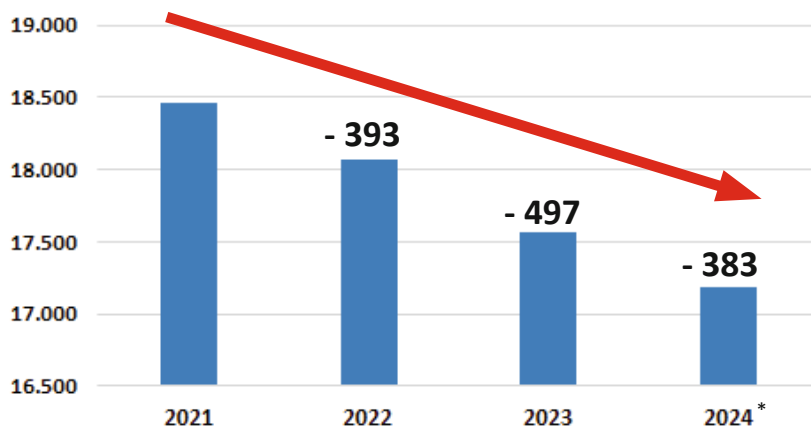
Zudem werfen der medizinisch-technische und pharmazeutische Fortschritt Fragen der langfristigen Finanzierbarkeit des Versorgungssystems auf. In Krisenzeiten haben die Apotheken vor Ort ihre Verlässlichkeit als niedrigschwellige Anlaufstelle für die Gesundheitsversorgung unter Beweis gestellt. Sie sichern durch ihren Einsatz trotz anhaltender

Lieferengpässe die wohnortnahe, flächendeckende und sichere Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln. Im Zusammenhang mit den zunehmend in Anspruch genommenen pharmazeutischen Dienstleistungen (pDL) leisten Apotheken einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung und genießen ein hohes Vertrauen in der Gesellschaft.

Aber: Viele Apotheken sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Die Apothekenzahlen sind im Sinkflug, da ihr gesetzlich festgesetztes Honorar seit Jahren nicht mehr auskömmlich ist. Trotz gestiegener Kosten für den Betrieb einer Apotheke, wie Miete, Strom und Personalkosten, ist das Honorar seit 2013 nicht mehr angepasst worden.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss die neue Regierung die Stabilisierung der Apotheken priorisieren, indem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des inhabergeführten Apothekenbetriebs wiederhergestellt, und die Expertise der Apotheker*innen in die Gesetzgebung eingebunden werden.

Anzahl der öffentlichen Apotheken in Deutschland



* Daten bis 30.09.2024



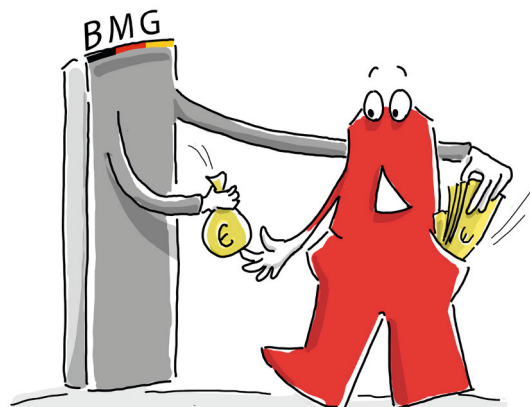
Jens Dobbert, Präsident der Landesapothekerkammer Brandenburg

GESETZESVORHABEN MIT EXPERTEN UMSETZEN



Das Lieferengpassgesetz („ALBVG“) aus dem Jahr 2023 sollte die gravierenden Arzneimittellieferengpässe bekämpfen. Laut Gesundheitsminister Lauterbach ist dies auch gelungen. In den Apotheken hat sich die Situation allerdings nicht verbessert. Apothekenteams müssen für die Bewältigung der Lieferengpässe von lebenswichtigen Arzneimitteln immer noch zwischen 10 und 40 Stunden pro Woche aufwenden. Diese Zeit fehlt für die wichtige Beratung und ergänzende pDL für die Patient*innen. Damit haben nach wie vor viele Patient*innen gravierende Probleme, beispielsweise ihre dringend benötigten Diabetesmedikamente oder auch Antibiotika zu bekommen. Selbst Kochsalzlösungen für Infusionen gibt es aktuell kaum.

Normalerweise steigen Löhne, um einen Reallohnverlust durch Inflation oder generelle Kostensteigerungen auszugleichen. So ist es per Gesetz auch für Apotheken vorgesehen. Eine entsprechende Anpassung der Apothekenhonorare hat durch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) seit 2013 jedoch nicht stattgefunden. Zuletzt wurde das Honorar sogar durch einen erhöhten Kassenabschlag, den die Apotheken an die Krankenkassen abführen müssen, wesentlich gekürzt.



Gesetze können nur wirken, wenn der Verfasser weiß, wovon er spricht.

Apotheken müssen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ebenso wie Arzneimittelhersteller Abschläge bei der Abgabe von rezeptpflichtigen Arzneimitteln gewähren. Mit dem im Jahr 2022 beschlossenen GKV-Finanzstabilisierungsgesetz schrieb Bundesgesundheitsminister Lauterbach den Apotheken eine auf zwei Jahre befristete Erhöhung des Abschlags von 1,77 EUR auf 2,00 EUR (inkl. MwSt.) vom 1. Februar 2023 bis 31. Januar 2025 vor, um damit einen Beitrag zur kurzfristigen Stabilisierung der GKV-Financen zu leisten. Dieser Betrag muss für jede zulasten der GKV abgegebene Packung vom Apothekenhonorar an die Krankenkasse zurückerstattet werden. Mit diesem erhöhten Abschlag haben die Apotheken der GKV **mehr als eine Milliarde Euro eingespart** und damit selbst verloren. Während dieser ohnehin schon wirtschaftlich sehr angespannten Zeit und den zusätzlich auferlegten Sparzwängen mussten deutschlandweit **mehr als 1200 Apotheken schließen**. Allein in Brandenburg waren es über 28. Viele Menschen haben ihre einzige Apotheke im Ort verloren und müssen nun für eine kompetente persönliche Beratung weite Wege zurücklegen.

KERNPOSITIONEN DER APOTHEKERSCHAFT

UM DIE HEILBERUFLICHE KOMPETENZ DER APOTHEKEN AUCH KÜNFTIG UMFASSEND NUTZ SICHERN, SIND ZWEI ZENTRALE PUNKTE UMZUSETZEN:

1. **Verbesserung** der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des inhabergeführten Apothekenbetriebs

Für die Sicherung einer flächendeckenden und wohnortnahen Arzneimittelversorgung durch Apotheken vor Ort ist eine wirtschaftliche Stabilisierung dringend erforderlich. Nur mit verbesserten Rahmenbedingungen, einschließlich einer angemessenen Honoraranpassung und Planungssicherheit, werden junge Pharmazeut*innen weiterhin bereit sein, sich der Herausforderung der Selbstständigkeit zu stellen. Um eine weitere Ausdünnung der Versorgung von Millionen Patient*innen zu verhindern, müssen die inhabergeführten Apotheken **sofort** angemessen honoriert werden. 10 % der noch bestehenden Apotheken haben negative Betriebsergebnisse. Ohne ein sofortiges Handeln der Politik drohen weitere Schließungen.

Apothekenhonorierung

Eine dringend notwendige deutliche Anhebung des seit über 11 Jahren unveränderten Apothekenhonorars kann sehr schnell und unkompliziert über die existierende und im Zuständigkeitsbereich ignorierte Arzneimittelpreisverordnung erfolgen. Dabei ist in erster Linie das Apothekenfixum von 8,35 Euro deutlich anzuheben. Zudem sind auch die Sonderentgelte, wie zum Beispiel für den Botendienst, die Rezepturherstellung und die Dokumentationsgebühren, wieder leistungsgerecht auszugestalten.

Skonto-Urteil

Eine schnelle Reaktion auf das Skonto-Urteil des Bundesgerichtshofs vom 8. Februar 2024 ist ebenso notwendig. Dieser hatte entschieden, dass die Gewährung von Skonti von Großhändlern gegenüber Apotheken unzulässig ist. Obwohl die Gewährung von Skonti das Gesundheitssystem in keiner Weise finanziell belastet hat, wurde den Apotheken eine wesentliche Existenzgrundlage genommen. Nun muss die Politik schnellstmöglich festlegen, dass handelsübliche Marktmechanismen wieder vollumfänglich in Kraft gesetzt werden.

Anpassungssystematik:

Die regelmäßige Anpassung des Apothekenhonorars an die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen ist für die nachhaltige Stabilisierung der Versorgung durch Apotheken vor Ort essenziell. Seit 2013 sind die Inflationsrate um 30 % und die Tariflöhne um 40 % gestiegen, während das Apothekenhonorar unverändert blieb und zuletzt sogar gekürzt wurde. Anders als in anderen Bereichen des Gesundheitswesens fehlt hier neben einer Gleichbehandlung ein automatischer Anpassungsmechanismus, um den Apotheken eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten.

Grundsicherung:

Die Apotheke vor Ort ist ein zentraler Anlaufpunkt für Gesundheitsfragen aller Art und trägt durch persönliche Beratung zu Arzneimitteln, Aufklärung, Begleitung der Therapien und zusätzliche Angebote maßgeblich zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung bei. Die wohnortnahe Verfügbarkeit heilberuflicher Kompetenz bildet ein niedrigschwelliges Angebot für Patient*innen weit über das Arzneimittel hinaus. In Anbetracht des sich immer weiter ausdünnenden Apothekennetzes (insbesondere in ländlichen Regionen) sind die Möglichkeiten zusätzlicher Pauschalen zur Grundsicherung der Flächendeckung zu nutzen.

CHAFT ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

ZEN ZU KÖNNEN UND DIE FLÄCHENDECKENDE ARZNEIMITTELVERSORGUNG VOR ORT ZU

2. Stärkere Nutzung der Kompetenzen der Apotheker*innen, um das Gesundheitssystem für die Zukunft resilient aufzustellen

Apothekenteams vor Ort stehen bereit, sich dem stetig zunehmenden Bedarf an heilberuflicher Beratung und korrespondierenden Dienstleistungen anzunehmen. Gleichzeitig können sie in Zeiten überlasteter Versorgungsstrukturen als niedrigschwellige Anlaufstelle durch Erbringung von zusätzlichen Leistungen in der Begleitung der Arzneimitteltherapie, der Prävention und der Diagnostik einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung und Entlastung des Gesundheitssystems leisten.

Apotheken sind neben Arztpraxen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein unverzichtbarer Bestandteil der lokalen Gesundheitsversorgung.

Weiterentwicklung des Leistungskataloges:

Fachkräftemangel, alternde Bevölkerung sowie pharmazeutischer und medizinischer Fortschritt stellen das Gesundheitswesen vor große Herausforderungen. Immer mehr Menschen werden therapiebedürftig, und innovative Versorgungskonzepte verursachen hohe Kosten. Die nächste Bundesregierung sollte die Kompetenzen der Apotheker*innen umfassender nutzen. Durch erweiterte Leistungen wie Primärversorgung und Prävention, durch Therapiemonitoring oder auch bei neuen digitalen Versorgungslösungen können Apotheken vor Ort zur Gesundheitsförderung und Entlastung der Solidargemeinschaft beitragen.

Interprofessionelles Medikationsmanagement:

Wir setzen uns für die Schaffung einer Rechtsgrundlage für das interprofessionelle Medikationsmanagement ein, bei dem Apotheker*innen und Vertragsärzt*innen in der ambulanten und stationären Regelversorgung zusammenarbeiten, um effizient und evidenzbasiert Krankheiten vorzubeugen und die Therapie zu optimieren.

Entscheidungsspielräume bei der Arzneimittelabgabe:

Damit Patient*innen bei Lieferengpässen nicht unversorgt bleiben, müssen Apotheker*innen, basierend auf den bewährten Austauschregeln aus der Pandemiezeit, mehr Handlungsspielraum beim Austausch nicht lieferbarer Arzneimittel erhalten. Dokumentationen gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen sind zu minimalisieren, sodass Taxbeanstandungen weitgehend ausgeschlossen sind. Zudem muss der Mehraufwand durch die Bewältigung von Lieferengpässen **angemessen** vergütet werden.

Digitalisierung:

Apotheken arbeiten bereits hochdigitalisiert, sowohl in ihren Betriebsabläufen als auch im Verhältnis zu ihren Patient*innen. Zudem ermöglicht die Digitalisierung eine bessere Vernetzung der Heilberufler*innen, was zu einer rundum abgestimmten und sichereren Versorgung der Patient*innen führt. Digitalisierung entlastet Routineprozesse und unterstützt die pharmazeutische Beratung, ersetzt jedoch nicht die persönliche Beratung. Die Apotheken vor Ort haben in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen, wie schnell sie digitale Versorgungskomponenten anwenden und der Bevölkerung erklären können. Ohne den Einsatz der Apothekenteams wäre das neue E-Rezept beispielsweise gescheitert. Die nächste Bundesregierung sollte daher die Innovationskraft der Apotheken stärker nutzen, um sinnvolle Transformationsprozesse im Gesundheitswesen voranzubringen.

KEINE ZEIT VERLIEREN!

STABILISIERUNG DER APOTHEKEN MUSS EINE PRIORITÄT DER NEUEN BUNDESREGIERUNG SEIN!

Im Werkzeugkasten der Bundesregierung liegen diverse Möglichkeiten bereit, um die Apotheken vor Ort per Sofortprogramm schnell und effektiv zu stärken, die finanzielle Schieflage im System langfristig zu adressieren und Apotheken für die Zukunft aufzustellen.

Nur so kann das Potenzial der heilberuflich und inhabergeführten Apotheke vor Ort für die Gesundheitsversorgung vollständig entfaltet werden. Wird das heutige Netz an Apotheken erhalten, bleibt die Apotheke vor Ort ein attraktiver wohnortnaher, frauenfreundlicher und über Steuer- und

Sozialabgaben staatsdienlicher Arbeitsplatz für gut ausgebildete Fachkräfte von morgen. Eine nachhaltig aufgestellte Apothekerschaft kann sich den Herausforderungen der kommenden Jahre stellen und ihren Beitrag zu einer qualitativ hochwertigen und zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung leisten.

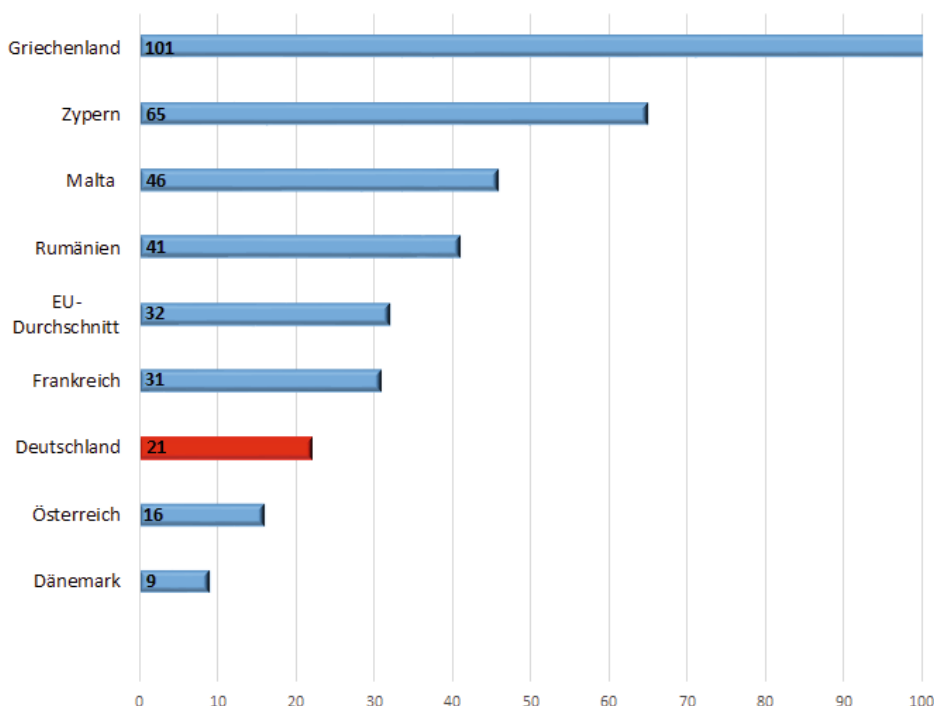
KEINE ZEIT VERLIEREN!

In den vergangenen Jahren haben wir einen beispiellosen Rückgang an Apotheken in Deutschland verzeichnet. Allein seit 2021 haben 7 % aller Apotheken in Deutschland geschlossen, sodass die Apothekenzahl nun auf dem Versorgungsstand des letzten Jahrhunderts angekommen ist. Allerdings ist das nicht das Ende des Sinkfluges: Viele Apotheken sind weiterhin konkret bedroht: 10 % der Apotheken sind defizitär, weitere 24 % erwirtschaften kaum dauerhaft tragfähige Betriebsergebnisse. Das liegt nur zum kleinsten Teil an einer schlechten Betriebsführung, sondern ist im Wesentlichen auf das politische Handeln zurückzuführen. Mit nur noch knapp 21 Apotheken pro 100.000 Einwohnern liegt Deutschland schon heute deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 32. Dieser Entwicklung muss die neue Bundesregierung aktiv entgegenwirken.

Effektive und niedrigschwellige Maßnahmenvorschläge werden seit Langem vorgebracht. Immer wieder wurde die Apothekerschaft mit Verweis auf gesellschaftliche Zwänge oder Krisensituationen vertröstet.

Die neue Bundesregierung ist gut beraten, gemeinsam mit der Apothekerschaft Lösungen zu diskutieren und zu erschließen. Voraussetzung dafür ist zunächst jedoch die Stabilisierung der Apotheken vor Ort.

Apothekendichte im europäischen Vergleich



PATIENTENKONTAKTE SIND WÄHLERPOTENZIAL

Täglich werden rund 3 Millionen Patient*innen in öffentlichen Apotheken versorgt und etwa 300.000 Botendienste durchgeführt. Durch diese Begegnungen bauen Apotheken Vertrauen zu Ihren Patient*innen auf, leisten gesundheitliche Aufklärung und gehen auf individuelle Bedürfnisse ein. Die hohe Frequenz an persönlichen Interaktionen verdeutlicht, wie zentral Apotheken im Gesundheitssystem verankert sind und welche gesellschaftliche Relevanz ihre Dienstleistungen haben. Mit der Wahl für die Farbgebung der zukünftigen Regierung hat Deutschland auch die Wahl für die Qualität der Versorgung aus der Apotheke vor Ort und deren gesellschaftlichem Wert.



„Wir müssen gemeinsam neue Wege finden, um die Gesundheitsversorgung dauerhaft und kosteneffektiv durch alle Versorgungssäulen aufrechtzuerhalten. Dazu gehört für die Apotheken, gerade bei bestehenden Lieferengpässen, die Bürokratielast zu reduzieren, die pharmazeutische Versorgung im ländlichen Raum zu sichern und die Apothekenhonorare mindestens an die Kostenentwicklung zu koppeln.“

Prof. Dr. Andrew Ullmann,
MdB, FDP



„Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger unseres Apotheken-Wesens in Deutschland. Warum? Weil studierte und im Betrieb geschulte Apotheker*innen nahe an den Menschen sind. Sie beraten persönlich und kennen ihre Kunden vielfach schon seit Jahren. Anders als Versand-Apotheken können sie die Menschen fachlich und direkt über Neben- und Wechselwirkungen von Medikamenten aufklären und Empfehlungen aussprechen. Auf ärztlichen Rat bzw. Anordnung stellen sie bestimmte Arzneimittel passgenau für die Patient*innen her. Als Berichterstatter meiner CDU/CSU-Bundestagsfraktion will ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass die Menschen auch in Zukunft die Apotheke ihres Vertrauens in nächster Nähe finden.“

Stephan Albani,
MdB, CDU



„Die Herausforderungen und deren Hintergründe für die Apotheken vor Ort sind ohne Frage sehr komplex: Apothekenhonorierung, Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Krankenkassen, hohe Energiekosten, Bürokratie, Lieferengpässe bei Medikamenten und der Fachkräftemangel erschweren die Planungssicherheit. Umso wichtiger, dass sich alle Akteure gemeinsam an einen Tisch setzen und Handlungsmöglichkeiten diskutieren. Das gemeinsame Ziel ist eine sehr gute und verlässliche Gesundheitsversorgung in der Fläche. Das muss auskömmlich finanziert werden. Politik funktioniert nur miteinander, in der Erarbeitung und Umsetzung von praxisnahen und effizienten Ideen. Das wird die Aufgabe einer neuen Bundesregierung sein.“

Stefan Zierke,
MdB, SPD

3 Mio.

Patient*innen werden **täglich** in öffentlichen Apotheken versorgt.

JETZT REDEN WIR TACHELES ...



„Die aktuelle Apothekenvergütung ist seit 20 Jahren abgekoppelt von jeglicher Preisentwicklung. Damit die Vergütung gerecht und auch die Arzneimittelversorgung künftig gewährleistet ist, braucht es eine Anpassung des Apothekenzuschlags. Außerdem ist eine jährliche Dynamisierung dringend nötig, damit dieses Fixum auch in Zukunft der Preisentwicklung angepasst ist.“

Andrea König, Apothekeninhaberin
in Brandenburg an der Havel



„Ein Pharmaziestudium in Brandenburg wäre ein guter Anfang - ob gemeinsam mit Sachsen oder allein. Ausbildung dient der Daseinsvorsorge und ist Aufgabe der Länder. Aber ein Bekenntnis zu mehr Pharmaziestudienplätzen dient der Wertschätzung und muss selbstverständlich durch entsprechende Maßnahmen auf Bundesebene begleitet werden. Dazu gehört auch die Finanzierung der PTA-Ausbildung.“

Katrin Wolbring,
Apothekeninhaberin in Senftenberg



„Die Vergütung der Apotheken beruht auf einer Mischkalkulation, die sämtliche Tätigkeiten bei der Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel abdeckt. Grundsätzlich ist dieses Modell sinnvoll, da es eine weitgehend unkomplizierte Kostenabrechnung ermöglicht. Allerdings ist die derzeitige Ausgestaltung, bedingt durch eine seit 20 Jahren unveränderte Vergütung und rasant steigende Kosten, nicht mehr ausreichend, um die Wirtschaftlichkeit der Apotheken aktuell und auch zukünftig zu sichern.“

Magnus Albrecht,
Apotheker/Filialleiter in Potsdam

Impressum

Herausgeber:

Landesapothekerkammer Brandenburg,
Präsident: Apotheker Jens Dobbert
Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Am Buchhorst 18, 14478 Potsdam

Redaktion:

Apothekerin Ramona Reimann,
Telefon 0331-888 66 22

Redaktionsschluss: 02.01.2025

Projektmanagement/Gestaltung:

Sabine Remdt, Landesapothekerkammer
Brandenburg

Druck:

Druckerei Thiel e.K.
Graf-von-Zeppelin-Straße 10a
14974 Ludwigsfelde

Quellen:

ABDA - Bundesvereinigung Deutscher
Apothekerverbände e. V.: "Die Apotheke: Zahlen
Daten Fakten 2024"
ABDA - Kernpositionen der ABDA zur Bunde-
stagswahl 2025
[www.andrew-ullmann.de/apotheken-weiterent-
wickeln-und-nicht-provozieren](http://www.andrew-ullmann.de/apotheken-weiterent-
wickeln-und-nicht-provozieren)
[www.stephan-albani.de/apotheken-staerken-
statt-hemmen](http://www.stephan-albani.de/apotheken-staerken-
statt-hemmen)
www.instagram.com/stefan_zierke

Foto- und Bildquellen:

Andrea König: privat
Andrew Ullman, Fotograf/in: Thomas Köhler
Kathrin Wolbring: privat
Magnus Albrecht: privat
Stephan Albani MdB, Fotograf/in: Markus Hibbeler
Stefan Zierke, Fotograf/in: Maximilian König
www.bundestagswahl-bw.de/logo-bundestagswahl
www.pixabay.de